

Unsere Woche im Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Mittwoch befindet sich eine politische und wirtschaftliche Delegation in Russland. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER darf ich an der Reise teilnehmen.

Die Oppositionsparteien SPD und Grüne fordern Seehofer auf, kein Ende der Russland-Sanktionen zu verlangen. **Ich bin allerdings der Meinung, dass wir mit Präsident Putin über alle Probleme und Konflikte offen sprechen müssen.**

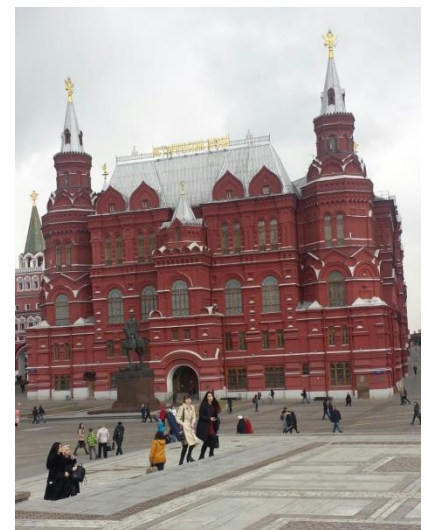
Denn Teile der bayerischen Wirtschaft und vor allem die Bauern im Freistaat leiden sehr wohl unter den eisigen Beziehungen Russlands mit dem Westen. Über eine etwaige Aufhebung der Sanktionen gegen das Land wird ohnehin an anderer Stelle entschieden. **Von Ministerpräsident Seehofer erwarten wir FREIEN WÄHLER daher vor allem eines: Die Wahrnehmung ureigener bayerischer Interessen.** Wer hingegen derart viele Vorbedingungen stellt wie SPD und Grüne, kann sich die

| | | | |
|-----|--------------|--------|---------|
| die | Moskau-Reise | gleich | sparen. |
|-----|--------------|--------|---------|



*Prof. (Univ.Lima) Dr.
Peter Bauer, MdL*

*Stellvertretender Fraktionsvorsitzender,
Pflege- und Kulturpolitischer Sprecher,
Frankensprecher*



Dr. Bauer kritisiert Abschlussbericht der CSU

zum Untersuchungsausschuss „Modellbau“:

Ehemalige Staatskanzleichefin ist alles andere als rehabilitiert – Haderthauer ist für hohe politische Ämter nicht mehr tragbar

Für die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ist die sogenannte Modellbau-Affäre um die ehemalige Staatskanzleichefin Christine Haderthauer noch nicht beendet. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, stellvertretender Vorsitzender der FREIE WÄHLER Landtagsfraktion und Mitglied des Untersuchungsausschusses „Modellbau“, kritisiert die Haltung der CSU zur Causa Haderthauer in der heutigen Landtagsdebatte scharf: „Die Schlussfolgerung der CSU und Seehofers, dass Haderthauer mit ‚einem blauen Auge‘ davongekommen sei – und somit auch weiterhin für hohe politische Ämter infrage kommt – trifft nicht zu. Im Gegenteil, das juristische Verfahren läuft weiter!“

Bauer verweist darauf, dass ein vorgelegter Minderheitenbericht einen hochrangigen Ministerialbeamten des Sozialministeriums der Falschausegabe bezichtigt habe. Nach Überzeugung Bauers trifft dies auch auf weitere Zeugen zu. Weitergehende staatsanwaltliche Ermittlungen seien daher unausweichlich. Dazu komme, dass die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion ein Organstreitverfahren vor dem Bayerischen Verfassungsgericht führt – mit dem Vorwurf, Haderthauer habe die Verfassung in mehrfacher Hinsicht gebrochen und Steuergelder für private Interessen missbräuchlich verwendet.

Bauer dazu: „Mir ist es völlig unverständlich, wie die CSU hier allen Ernstes von einer ‚Rehabilitation‘ reden kann. Es liegt ein rechtskräftiger Strafbefehl gegen Christine Haderthauer vor, den sie auch akzeptiert hat. Zudem stehen weitere schwere Vorwürfe im Raum, die juristisch geklärt werden müssen. Wir FREIEN WÄHLER werden diesen Versuch, einen Schlussstrich unter die Angelegenheit Haderthauer zu ziehen, nicht akzeptieren. Die Urteile der Gerichte, insbesondere des Bayerischen Verfassungsgerichts, sind abzuwarten.“

Das Verhältnis zwischen der Türkei und mehreren europäischen Ländern – darunter auch Deutschland – ist derzeit extrem belastet. Als FREIE WÄHLER Landtagsfraktion sind wir der Überzeugung, dass die **innenpolitischen Auseinandersetzungen der Türkei nicht nach Deutschland getragen** werden dürfen. Wir wollen Wahlkampfauftritte türkischer Regierungsmitglieder deshalb mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln verhindern. Selbstverständlich gelten unsere demokratischen Grundsätze auch weiterhin. Aber unsere Versammlungs- und Meinungsfreiheit darf nicht dazu missbraucht werden, um für die umstrittene Verfassungsänderung in der Türkei zu werben – eine Verfassungsänderung, die die Demokratie letztlich abschafft. Die Grundrechte stehen unseren Staatsbürgern zu, nicht jedoch ausländischen Regierungsmitgliedern, die in Deutschland Wahlkampf betreiben wollen. Dies hat das Bundesverfassungsgericht gerade erst bestätigt. Da sich die Untersagung derartiger Wahlkampfveranstaltungen auf Grundlage des Versammlungsrechts immer sehr schwierig gestaltet, ist jetzt die Bundesregierung gefragt. Sie könnte Erdoğan und seinen Ministern zum Beispiel bereits die Einreise verweigern. Das allerdings wäre riskant und würde zu einem außenpolitischen Eklat führen. Wir halten es deshalb für sinnvoller, wenn die Bundesregierung ihnen die Einreise zwar erlaubt, Auftritte bei Kundgebungen aber untersagen würde. Denn weder das Grundgesetz noch das Völkerrecht geben ausländischen Staatsoberhäuptern und Regierungsmitgliedern einen Anspruch, nach Deutschland zu reisen, um amtliche Funktionen auszuüben. Wir FREIEN WÄHLER werden nicht zulassen, dass Toleranz und Meinungsfreiheit in Deutschland von fremden Machthabern für demokratie- und freiheitsfeindliche Agitation missbraucht werden.

R ü c k b l i c k

Eine geplante **Änderung des Kommunalwahlrechts** hat diese Woche zu massivem Ärger geführt. Die CSU hat einen Antrag auf Rückkehr zum D'Hondt-Sitzverteilungsverfahren bei Gemeinde- und Landkreiswahlen gestellt. Das aber würde die großen Parteien überproportional stärken. Wir sehen in diesem Vorstoß einen Machtmissbrauch der CSU-Fraktion, um parteipolitische Konkurrenz mit möglichst einfachen Mitteln ausschalten zu können. Damit sind wir nicht allein: Selbst Ministerpräsident Seehofer hat sich gegen die Pläne der CSU-Fraktion ausgesprochen.

Erst im Jahr 2010 war der einstimmige Beschluss des Landtags erfolgt, den Artikel 35 des Gemeinde- und Landkreiswahlgesetzes zu ändern. Seitdem wird die Sitzzuteilung bei der Wahl der Gemeinderatsmitglieder und der Kreisräte nach dem Hare/Niemeyer-Verfahren ermittelt. Ein aus unserer Sicht deutlich gerechterer Weg. Wir erteilen deshalb dem Antrag der CSU eine klare Absage. Ministerpräsident Seehofer muss nun seiner Kritik an der umstrittenen Wahlrechtsreform Taten folgen zu lassen. **Übrigens hat die FREIE WÄHLER Landtagsfraktion selbst einen umfangreichen Änderungsantrag zum Kommunalwahlrecht eingebracht und damit weitere Punkte des Gesetzesänderungsantrages der Staatsregierung auf den Prüfstein gestellt.** Unter anderem fordern wir die Herabsetzung des aktiven Wahlrechts bei Gemeinde- und Landkreiswahlen vom 18. auf das 16. Lebensjahr. Wir wollen außerdem auch Gemeinden unter 3.000 Einwohnern ermöglichen, einen ersten Bürgermeister zu wählen, der sein Amt hauptamtlich ausführt.

Wer hat dafür gesorgt, dass Bevölkerung und Parlament erst mit großer Verspätung über den Salmonellenskandal um das niederbayerische Unternehmen Bayern-Ei informiert wurden? Warum liegen noch immer nicht alle Fakten auf dem Tisch? Von welchem Zeitpunkt an wussten die Behörden Bescheid über das Ausmaß des Lebensmittelkandals und die Anzahl der Erkrankten? Diese und weitere Fragen soll der **Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei“** klären, der von allen drei Oppositionsparteien gemeinsam beantragt wurde. Im Vorfeld war Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf mittels mehrerer parlamentarischer Initiativen aufgefordert worden, sich umfänglich zum „Bayern Ei“-Skandal zu äußern. Leider hat die Ministerin dabei jedes Mal nur den Eindruck erwecken wollen, bei der staatlichen Überwachung sei alles in Ordnung gewesen - und das, obwohl es europaweit 187 zum Teil schwer erkrankten Menschen gab. Für die FREIEN WÄHLER wird der Freyunger Abgeordnete Alexander Muthmann in den Untersuchungsausschuss „Bayern-Ei“ gehen. Die konstituierende Sitzung des Ausschusses erfolgt voraussichtlich nach den Pfingstferien.

Fehlende Lehrer, endlose Diskussionen um das Gymnasium und eine sträfliche Vernachlässigung anderer Schularten – so lautet unser Resümee der **bayerischen Bildungspolitik** unter Minister Spaenle. Auf einer Pressekonferenz haben wir diese Woche unsere Forderungen in der Bildungspolitik auf den Tisch gelegt: Wir benötigen an bayerischen Gymnasien rund 1.500 Lehrerstellen zusätzlich, zudem müssen neue Schulen gebaut wer

den, um das G9 auch flächendeckend anbieten zu können und es bedarf eines sauberen Übergangsmagements. Für diejenigen Schüler, die sich künftig fürs G8 entscheiden, muss ein entsprechendes pädagogisches Konzept angeboten werden. Allein für das Gymnasium rechnen wir in den kommenden Jahren mit einem Kostenvolumen von einer Milliarde Euro, die entsprechend des Konnexitätsprinzips vom Freistaat zu tragen ist – nicht von den Kommunen! Auch bei den anderen Schularten in Bayern sehen wir einen immensen Handlungsbedarf: Grund-, Mittel- und Realschulen leiden unter der Einstellungsmisere bei Junglehrern. Sie sind dringend auf eine angemessene Lehrerversorgung angewiesen. Inklusion, Integration und Ganztags als wesentliche Ziele bayerischer Bildungspolitik benötigen ebenfalls eine angemessene Unterstützung – auch durch Schulpsychologen und Sozialpädagogen. Um eine nachhaltige Stärkung des Bildungsstandorts Bayern zu erreichen und dessen hohe Qualität zu erhalten, benötigen diese Schularten in den nächsten Jahren ebenfalls finanzielle Förderungen in Höhe von insgesamt einer Milliarde Euro.

Jahresempfang der FW Stadt und Land Ansbach



von links nach rechts: Kreisvorsitzender Ansbach-Land Hans Henninger, Landrat Nürnberger Land Armin Kroder, Kreisvorsitzende Ansbach-Stadt Elke Homm-Vogel, Mitglied des Landtags Dr. Peter Bauer, Bundestagskandidat Marco Meier

15 Jahre Freie Wähler Wolframs-Eschenbach



Der Ortsvorsitzende Ägidius Kreitmeier wird vom stellvertretenden Landesvorstand Dr. Bauer für sein langjähriges Engagement geehrt

Sehr viele Ehrungen für 10 und 15 Jahre Mitgliedschaft standen auf dem Programm



Dr. Bauer feierte gemeinsam mit seiner Frau und den Gästen an diesem Tag seinen Geburtstag



Interessante und unterhaltsame Gespräche der über 75 Gäste in dem wunderschön sanierten Traditionshaus „Alte Vogtei“



Impressum

Marco Meier
Pressereferent

Abgeordnetenbüro

Prof. (Univ. Lima) Dr. med. dent. Peter Bauer, MdL
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Frankensprecher
Pflegepolitischer Sprecher
Kulturpolitischer Sprecher
Kreisrat

Fraktion FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag
Weinbergstr. 47
91623 Sachsen b. Ansbach

Tel.: 09827 - 207585
Fax: 09827 - 207586
E-mail: peter.bauer@fw-landtag.de

Internetseiten: www.frankensprecher.de
www.fw-landtag.de
www.fw-bayern.de

Twitter: <https://twitter.com/FRANKENSPRECHER>
Google+: [Bauer@G+](https://plus.google.com/+Bauer@G+)
Facebook: <https://www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher>



Eigentum schützen, Mittelstand stärken! – [Hier klicken!](#)